

Sonderausgabe

ISOR

aktuell

Informationsblatt der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Nummer 4/94 * Infopreis 0,00 DM: Gegen Spenden kein Einspruch * April 1994

WIDERSTAND ZEIGT WIRKUNG!

ISOR - Heimstatt für Erniedrigte und Gedemütigte

Einigungsvertrag mit Füßen getreten!

Weg mit der Sprachlosigkeit

PDS/LL-Initiativen zur Korrektur des Renten(un)rechts

Rentenkürzungen - Kollektiv- und Sippenstühne

Was Persönlichkeiten ISOR wünschen!

"Beendet das grausame Spiel!"

Hallo, wie geht's?

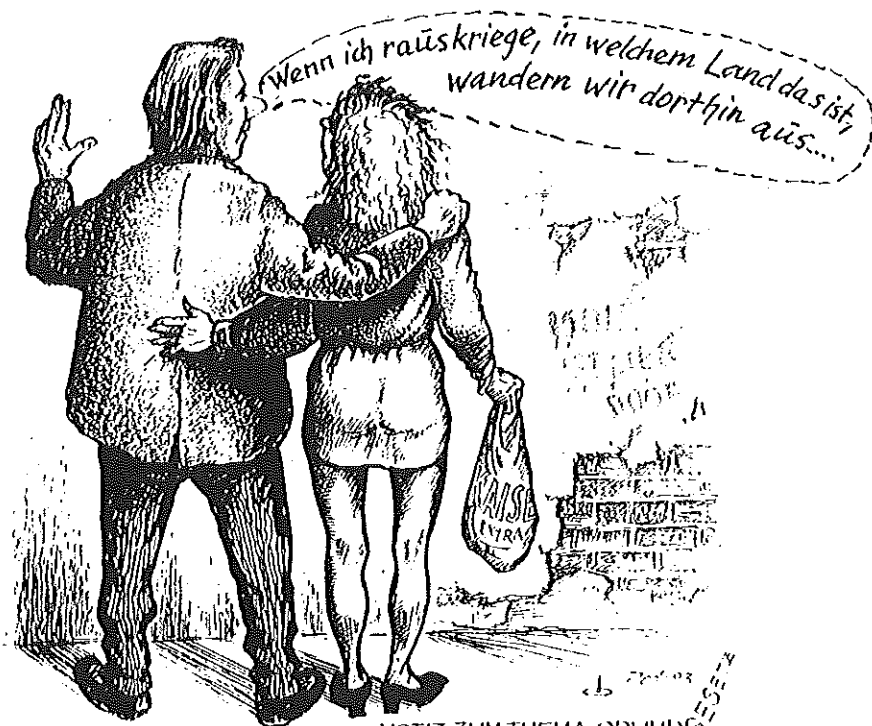
von Astrid Karger

Eine Frage, die ich mir im Verlauf der Tätigkeit als Vorsitzende der ISOR zunehmend zu eigen gemacht habe. Das Zuhörenkönnen kann für den Betreffenden schon eine Erleichterung seiner psychischen Verfassung sein, die ihm hilft, zu begreifen, daß er nicht allein ist, daß an seiner Seite viele stehen, daß Solidarität, so wie wir sie immer begriffen haben - als Privileg, das wir aus der Geschichte der DDR geerbt haben - nicht vergessen ist.

Wir machen keinen Hehl daraus, daß die vorliegende Ausgabe von "ISOR aktuell" dazu bestimmt ist, neue Mitglieder zu gewinnen, zu zeigen, daß sich unser gemeinsamer Kampf lohnt, daß wir Verbündete gewinnen. Wenn Sie diese Ausgabe aufmerksam lesen, werden Sie verstehen, daß wir dabei nicht ganz erfolglos geblieben sind.

Und wir freuen uns, allen Mitgliedern und allen Betroffenen mitteilen zu können, daß ein erster Erfolg zu verzeichnen ist. Das höchste deutsche Sozialgericht, das Bundessozialgericht in Kassel hat entschieden, die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Kürzung der MfS-Renten von 990,00 DM auf 802,00 DM dem Bundes-

Artikel 3
Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.



NOTIZ ZUM THEMA GRUNDG

Zeichnung: Hermann Peters

verfassungsgericht zur Prüfung vorzulegen. Selbst hält es die Kürzung für verfassungswidrig. Das ist ein erster Sieg, auch ein wichtiger, aber noch nicht der Gewinn der Auseinandersetzung, die wir führen. Machen wir uns keine Illusionen, es kann dauern, niemand kann sagen, wie lange.

Das Urteil des BSG zeigt jedoch - es ist etwas in Gang gekommen. Und wir sind sicher, daß wir in diesem Kampf einiges zu gewinnen haben. Wir haben dabei vielen zu danken - unseren Rechtsvertretern, unseren Verbündeten in anderen ostdeutschen Organisationen, unseren Gesprächspartnern in den großen sozialrechtlichen Organisa-

tionen der alten BRD und nicht zuletzt den vielen Helfern in allen Ebenen unserer Gemeinschaft.

Natürlich galt es dabei, viele Hürden zu nehmen und Vorurteile zu überwinden. Wichtig ist aus meiner Sicht, daß zuhause täglich ehrenamtlich gearbeitet wird, daß alles was notwendig ist, von Rentnern für Rentner erledigt wird.

Noch ist der Weg zu einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes lang, noch gilt es Geduld zu wahren. Keiner sollte müde werden und aufgeben. "Vorwärts, und nicht vergessen, die Solidarität" sang einst Ernst Busch.

Letztendlich appelliere ich an diejenigen, die meinen, noch abseits stehen zu müssen. Nicht selten ist Angst die Ursache für derartiges Verhalten, manchmal auch Scheu, sich erneut zu engagieren. Ich stelle mir aber auch die Frage: Ist diese Art der Verweigerung der Solidarität zu anderen gerechtfertigt? Und ob die Verantwortung für Fehler der Vergangenheit nur bei anderen zu suchen wäre oder ob wir uns nicht doch daran erinnern sollten, daß die Taktik des Teilens und Herrschens Nährboden für derartiges Verhalten ist und ob diese Taktik Spielraum bei uns finden soll.

Wer ist ISOR?

ISOR e.V. ist eine in der Öffentlichkeit wirkende sozialpolitische Initiativgemeinschaft, in der sich bisher mehr als 17.600 ehemalige Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR und ihre Hinterbliebenen zum gemeinsamen Schutz ihrer sozialen Interessen, insbesondere zur Herstellung der Rentengerechtigkeit mit juristischen und politischen Mitteln, zusammengeschlossen haben. ISOR ist damit der größte sozialrechtliche Verein im Osten Deutschlands.

Gemäß Satzung arbeitet ISOR auf dem Boden des Grundgesetzes. Sie ist als Verein beim Amtsgericht Charlottenburg registriert.

ISOR arbeitet mit Organisationen zusammen, die sich dem Kampf für Gerechtigkeit in den neuen Bundesländern verschrieben haben, so dem Ostdeutschen Kuratorium der Verbände, der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, den Rentnerinitiativen in den neuen Bundesländern. Sie unterhält Kontakte mit dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), zum Deutschen Bundeswehrverband u. a. gesamtdeutschen Organisationen, die sich gleichen oder ähnlichen Zielen verschrieben haben wie ISOR.

Sie ist zugleich Gesprächspartner von politischen Parteien in Deutschland, um sie zur Unterstützung der von ISOR verfolgten Ziele zu gewinnen. Unsere Organisation ist parteipolitisch unabhängig und gestaltet ihr Verhältnis zu den anderen politischen Kräften in unserem Lande nach dem Maß der Unterstützung für unsere Ziele.

H. Sp.

Unbeirrt zum Ziel

von Prof. Dr. Axel Azzola, Darmstadt

Nichts verdeutlicht die in den Köpfen und Gefühlen vieler Menschen fortdauernde Spaltung Deutschlands unmißverständlicher als einerseits die gesamtstaatlich durchgesetzte strafrechtliche Siegerjustiz und andererseits das Renten- und Versorgungsstrafrecht des AAÜG (Anspruchs- und Anwartschafts-Überleitungsgesetz).

Beides war und ist zunächst einmal ein politisches Problem des Einigungsvertrages und seiner unmittelbaren Folgen: Strafrechtlich hat die DDR mit der

Unterschrift unter den "Einigungsvertrag" diejenigen Menschen kollektiv an die Siegermacht Bundesrepublik Deutschland ausgeliefert, die zuvor der Rechtsordnung der DDR als Angehörige der Justiz und der bewaffneten Organe nach innen Geltung verschafft und dabei Handlungen begangen haben, die zwar dieser

Rechtsordnung entsprachen, aber gerade deshalb aus der Sicht des westdeutschen Teilstaates politisch mißbilligt wurden. Diesen Verrat haben die Regierung de Maiziere und die Mehrheit der Abgeordneten der Volkskammer in gleicher Weise zu verantworten, und niemand darf sich darüber wundern, daß der Siegerstaat und die Mehrheit seiner Amtswalter diese Lage rücksichts- und gewissenlos ausnutzen.

Kollektivstrafe für Staatsnähe

Was im Strafrecht von den Gerichten in schamloser Weise unter Mißachtung der Rechtsordnung der DDR

Zitat des Monats

Warum geht es uns nicht darum, nach 40 Jahren Unrecht und Rechtsunsicherheit für etwa 16 Millionen Menschen eine gerechte und humane Gesellschaftsform aufzubauen? Statt dessen wenden wir Methoden an, die eines "Jüngsten Gerichts" würdig sind, aber Verständnis, Einfühlung und vor allem Gerechtigkeit vermissen lassen. Maßstäbe, die wir niemals an bundesdeutsche Verhaltensweisen anlegen würden.

Richter Bernd Hahnfeld, Hamburg

durchgesetzt wird, ohne daß der Gesetzgeber tätig werden mußte, bedurfte im Renten- und Versorgungsrecht der ausdrücklichen gesetzlichen Regelung, die im Sommer 1991 im AAÜG ihren Ausdruck fand. Dieses Gesetz

- beseitigte alle in der DDR erworbenen versorgungsrechtlichen Ansprüche einschließlich aller dienstrechtlichen Entschädigungsansprüche für Dienstunfälle oder Berufskrankheiten und
- benachteiligte massiv alle als "systemnah" eingestuften Personen bei der Neuregelung des Rentenrechts im Vergleich zu den allgemeinen rentenversicherungsrechtlichen Regelungen; zugleich wurde und wird in einer differenzierten, auf eine Entsolidarisierung der Betroffenen abzielenden Weise vorgegangen: am Ende der Skala stehen die ehemaligen Angehörigen des MfS, deren Rentenansprüche teilweise das Niveau der Sozialhilfe kaum übersteigen.

Noch drastischer ist der Gesetzgeber mit den Ausgleichsansprüchen für Dienstunfälle umgegangen, die im Ergebnis ersatzlos gestrichen wurden, selbst wenn sie zeitweilig als Erwerbsunfähigkeitsrente gewährt werden. Diese Leistungsausgrenzung macht klar, daß der Dienst in und für die DDR "nichts wert" war, weshalb Ausgleichsleistungen für dienstlich erlittene Schädigungen nicht zu gewähren seien.

Natürlich könnten alle diese Probleme ohne weiteres politisch, d.h. durch Gesetzgebungsakte, korrigiert werden, und niemand sollte übersehen, daß es schon jetzt erste, wenn auch unbefriedigende politische Erfolge gibt. So hat das 1. Ergänzungsgesetz zum RÜG (Rentenüberleitungsgesetz) gewisse Erleichterung bewirkt, die allerdings nur bei einem sehr kleinen Personenkreis zum Tragen kommen. In Bonn und in den Parlamenten der neuen Bundesländer hält aber die Diskussion an, und die Zahl der Politiker, die eine grundlegende Änderung für geboten erachten, nimmt ständig zu. Dabei geht es heute im Gegensatz zu früher auch um versorgungsrechtliche und nicht nur um rentenrechtliche Neuregelungen, was noch vor 2 Jahren schlechterdings unvorstellbar war.

Kampf um gerechte Renten im Wahljahr

Wie erfolgreich dies alles im Ergebnis sein wird, hängt in erster Linie von dem Verhalten der Betroffenen ab. Deren Sache ist es, die Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien und die verantwortlichen Landespolitiker ständig mit diesen Problemen und mit sachgerechten Problemlösungen zu konfrontieren, wie dies in letzter Zeit vermehrt geschehen ist. Auch müssen die Betroffenen speziell in einem Wahljahr unzweideutig erkennen lassen, daß sie einer Partei, die an irgendwelchen Elementen eines Renten- und Versorgungs-

strafrechts weiterhin festhält, ihre Stimme nicht geben werden.

Schließlich können und müssen die Betroffenen ihr Recht auch vor Gericht suchen. Das Beschreiten des Rechtsweges ist zwar beschwerlich und langwierig, es ist aber keineswegs zwecklos. Die Politik kann die wachsende Zahl sozialgerichtlicher Klagen weder übersehen noch ohne Sorge betrachten. Allerdings kann durch das Beschreiten des Rechtsweges nur das verfassungsrechtlich Gebotene erreicht werden.

BSG: Rentenkürzung auf 802 DM - verfassungswidrig

Auch insoweit kommt es auf die Geschlossenheit und die Solidarität der Betroffenen an, die in der ISOR über eine beachtliche und weithin auch beachtete Organisation verfügen. Nur mit Hilfe dieser Organisation konnte eine zentrale Prozeßführung erreicht werden, was nicht hoch genug eingeschätzt werden darf. ISOR ist mittlerweile bei allen Sozialgerichten der neuen Bundesländer bekannt und wird oft auch anerkannt. Wohldurchdachte Gutachten und Schriftsätze haben diesen langsamen Wandel zum Besseren bewirkt. Nichts verdeutlicht diesen Wandel unmißverständlich als der Vorlagebeschluß des Bundessozialgerichts vom 30. März 1994 zu § 10 Abs. 2 AAÜG. In diesem Beschluß folgt das Bundessozialgericht unserer Auffassung, daß die Kürzung der Rentenleistung von 990 auf 802 DM mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Dieser wohlbegründeten Auffassung waren zuvor nur die Sozialgerichte in Rostock und Halle gefolgt, während alle anderen Sozialgerichte mehr oder weniger unverhohlen dieses Rentenstrafrecht für verfassungsrechtlich unbedenklich erachtet hatten. Diesen Gerichten hat das BSG eine Lektion erteilt.

Mit dem Vorlagebeschluß des BSG liegt ein wichtiger verfahrensrechtlicher Zwischenschritt hinter uns. Vor uns liegt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die allerdings schon aus verfahrenstechnischen Gründen in diesem Jahr nicht mehr ergehen kann. Das ist für viele Betroffene bitter, aber unvermeidbar. Zugleich darf nicht übersehen werden, daß die rechtliche Auseinandersetzung im Kern schon immer gegen die weitergehenden Diskriminierungen der §§ 6 Abs. 2 und 3 sowie 7 Abs. 1 AAÜG geführt wurde.

Wie weiter?

Deshalb kommt es jetzt in erster Linie darauf an, daß so schnell wie möglich Richtervorlagen zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 6 Abs. 2 und 3 sowie 7 AAÜG in Karlsruhe vorgelegt werden. Dann erst werden wir das für unsere Arbeit wichtigste Zwischenziel erreicht haben, und das wird noch ein beschwerlicher Weg sein, der weitere Zeit beansprucht. Eine Verfassungsbeschwerde werden wir

einreichen, falls eine abschlägige Entscheidung des Bundessozialgerichts zu § 6 Abs. 2 und 3 oder zu § 7 AAÜG ergehen sollte. Dieses Ziel verfolgen wir mit allen verfahrensrechtlich zulässigen und der Beschleunigung dienlichen Mitteln.

Damit steht fest, daß vor uns allen eine arbeitsreiche und spannende Zeit liegt. Politisch gesehen insbesondere wegen der im Herbst anstehenden Bundestagswahl; rechtlich gesehen, weil sich endlich die Entscheidungssituation beim Bundesverfassungsgericht zuspitzt. Dabei besteht mehr Anlaß zu Hoffnung als Anlaß zu Zweifel und keinesfalls Anlaß zu Resignation.

(Zwischenüberschriften: Redaktion)

Kampf um Rentenrecht ist Menschenrecht

Was wünsche ich ISOR?

Was soll sich hinter dieser Überschrift verstecken, die mir als Frage übermittelt wurde, ob ich nicht einen kurzen Artikel schreiben würde für jene ISOR-Informationen, die ich seit geraumer Zeit als eine streitbare Schrift zur Vertretung der Interessen der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR kenne? Soll ich ISOR mehr Mitglieder wünschen oder nicht besser eine Beendigung jener finsternen deutschen Zustände, die es nötig machen, daß ISOR energisch um in einem Rechtsstaat eigentlich selbstverständliche Rechte kämpfen muß? Sei es, wie es sei.

Jeder Staat hat Kräfte zur Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und der äußeren Sicherheit. Sie sind nicht neutral, sondern haben ihren Eid der jeweiligen Staatsform oder sogar Regierung geleistet. Sie sind - je nach Staatsziel und -praxis - in unserem Jahrhundert oft in Verbrechen gegen die Menschlichkeit verwickelt gewesen und unterliegen Sanktionen entsprechend der Normen des Völkerrechts, wie sie die Nürnberger Prozesse verdeutlichten. Wer das als Vorsitzender einer Menschenrechtsorganisation nicht unterstützt, ja fordert, hat verkannt, daß durch die Anwendung militärischer Gewalt oder auch "nur" die repressive Ausübung struktureller Gewalt schutzlosen Menschen unerträgliche Lasten aufgebürdet werden, die eine schwere Schuld von Regierenden und ihren Machtorganen ausmachen, die nicht in die Belanglosigkeit von politischen Kavaliersdelikten abdriften darf. Ich kann es nicht gut finden, wenn hohe Nazis ihre Pensionen weitergezahlt bekamen nach dem 2. Weltkrieg; und wenn ich das nicht gut finde, dann streite ich nicht hinter dem Schild und Banner der Wertneutralität der Renten für Rentengerechtigkeit. Denn das Ungeheuerliche ist nicht nur, daß diese Nazis ihre hohen Pensionen bekamen und noch bekommen, sondern daß die bewaffneten Kräfte der DDR mit demselben Argument, mit dem man den Nazis die Pensionen weiter-

zahlte, um ihre verdienten Renten gebracht werden sollen. Man erklärt es rückwirkend für einen Fehler, daß man den Nazis diese Pensionen weiterzahlte, ohne auch nur in einem einzigen noch aktuellen Falle daran etwas geändert zu haben, und schwört nun, diesen Fehler nicht noch einmal machen zu wollen. Damit hat man die DDR-Armee, Grenztruppe, Staatssicherheit und Polizei, die keinen einzigen Krieg geführt haben und gegen die es keine einzige offizielle Menschenrechtsbeschwerde zu Zeiten ihrer Existenz bei der UNO gab, mit den Militärs und entsprechenden Organen der Nazis gleichgestellt. Ich wünsche den Mitgliedern von ISOR, das mit immer größerem Engagement nicht zu ertragen. Anders gesagt, ich wünsche ISOR die eigenen Erfahrungen mit 41 Jahren DDR-Geschichte in den Kampf um Rentengerechtigkeit einzubringen, die auf jeden Fall nicht die Erfahrungen einer totalitären Diktatur sind, denn wie sollte man sonst erst den Umgang der Bundesrepublik mit der DDR nach dem Beitritt nennen.

Damit ich nicht falsch verstanden werde. Ich bin nicht der Meinung, daß in der DDR nicht auch Unrecht geschah. Und ich bin nicht der Meinung, daß die Bundesrepublik eine totalitäre Diktatur ist. Zuviel gibt es hier, was man heftig verteidigen muß gegen weit Schlimmeres und Drohendes, leider oft auch gegen die eigene Regierung. Aber ich bin der Meinung, daß diese Bundesrepublik keine moralischen Werte hervorgebracht hat, die sie auch nur im geringsten ermächtigt, andere oder auch die DDR-Bürger mit dem Vorwurf des Totalitarismus zu verfolgen. In Wirklichkeit ist das nicht nur eine Beschimpfung der DDR und ihrer Bürger, es ist eine Beschimpfung von -zig Staaten der Welt, die keineswegs einen besseren Menschenrechtsstandard als die DDR hatten oder haben - und die Ironie dabei ist, daß die Bundesrepublik garantiert zu ihnen gehört. Wer sich einseitige Schuld aufladen oder einreden läßt, wer sich nicht mehr frei zu sich selbst verhalten kann, aus Angst vor der Unbotmäßigkeit seiner eigenen Gedanken, betreibt letztlich das Geschäft derjenigen, die ihn demütigen wollen, wenn auch unbewußt, so eben doch mit. Je mehr völlig unberechtigt erzwungene Schuldbekenntnisse öffentlich herumlaufen, desto mehr verzerrt sich auch dadurch das Bild der DDR und die Achtung vor dem eigenen Leben.

Ich wünsche ISOR deshalb immer mehr Mitglieder, die aufrecht, wenn auch sehr kritisch mit der Geschichte und sich selbst umgehen, aber die auch das kritische Verhältnis zu jenem anderen Teil deutscher Geschichte sich bewahren, dessen ebenso folgerichtiges wie menschenrechtsverachtendes Ergebnis es ist, daß sie nun nicht als Brüder und Schwestern, sondern als Verfolgte oder zumindest Betroffene und Opfer in dem einigen Deutschland leben und einen legitimen Anspruch auf Wiedergutmachung haben.

Prof. Dr. Wolfgang Richter

Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände und Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM)

Was wünsche ich ISOR?

In meiner Kindheit kamen einbeinige oder einarmige Männer auf unsere Hinterhöfe und sie spielten die Drehorgel für einen Sechser, mehr hatten unsere Mütter nicht, aber den durften wir in Papier gewickelt aus dem Fenster werfen. Die Drehorgel war der Dank des Vaterlandes für Kriegsdienst und den Verlust des "bürgerlichen Lebens".

Ein ähnlich unwürdiges Schauspiel bietet Deutschland gerade wieder. Wer die DDR verteidigt hat, ob in Armee, ob beim Zoll, mit einem Buch oder einem Bild, der unterliegt dem strafenden Rentenrecht, eine Neuheit in der Politik. Ob mir jedes dritte Buch mißfällt, ob ich die Liste der verbotenen Einführungen empörend, ob ich unsere jungen Soldaten lustlos fand, das alles hat in solchem Rechtszusammenhang nicht die geringste Rolle zu spielen.

Wir haben für unsere Altersversorgung gearbeitet, gezahlt, Rechte erworben. Ich bestehe darauf, daß ich als Künstlerin mit gleichen Augen angesehen werden wie jemand, der in welchem Zusammenhang auch immer, anderen Dienst für sein Vaterland geleistet hat, das es nun nicht mehr gibt.

Der Sieger schleift die Besiegten nach Belieben. Solange es dafür auch nur die geringste Chance gibt, hat man sich dagegen zu wehren - wie ISOR.

Mit geradem Rücken.
Ich bin dabei und dafür

Gisela Steineckert, Schriftstellerin

* * *

Ich wünsche ISOR, daß ihr unterschiedenes Wirken gegen die Anwendung strafrechtlicher Verfahren im Sozial- und Rentenrecht und gegen die pauschale soziale Diskriminierung der Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der ehemaligen DDR erfolgreich ist.

Ich wünsche ISOR eine ansteigende gesellschaftliche Akzeptanz, denn ISOR leistet einen entscheidenden Beitrag gegen den allgemeinen Sozial- und Demokratieabbau, von dem nahezu alle betroffen bzw. bedroht sind.

Ich wünsche ISOR aber auch, daß ihr Weg, diesen Kampf mit dem

sachlich-differenzierten Umgang mit der DDR und unserer Vergangenheit zu verbinden, immer mehr Zuspruch findet, denn sie ist alternativlos.

Da aber - gerade wegen der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung von ISOR - die Angriffe und Verleumdungen gegen ISOR noch eskaliert werden, wünsche ich im besonderen Maße ISOR viel Kraft und viele gute Freunde, auf die Ihr Euch verlassen könnt. Zu den vielen, die Ihr in der PDS schon habt und die Euch auf Eurem Weg immer unterstützen werden, gehöre ich.

Dr. sc. Peter-Rudolf Zottl,
Vorsitzender der PDS-Fraktion im
Abgeordnetenhaus von Berlin

* * *

Im gemeinsamen Wirken gegen Rentenungerechtigkeit habe ich die Frauen und Männer von ISOR kennengelernt. Stets habe ich ihre Einsatzbereitschaft, ihre Sachlichkeit und wachsende Sachkenntnis auch in komplizierten Fragen geschätzt. Dieses Eintreten für die Betroffenen ist ein wichtiger Beitrag, um den Graben zuzuschütten zwischen den beiden Rentenvölkern in Ost und West. Noch nie lag es in Deutschland sozial so im Argen wie gegenwärtig. Dem Widerstand entgegenzusetzen ist ein verfassungsmäßiges Recht. Vor allem dann, wenn sie in so drastischer Weise sozial ausgegrenzt werden, wie die Mitglieder von ISOR aus den Schutz- und Sicherheitsorganen der DDR. Von der Ehrabschneidung zum Abschub in die Sozialhilfe reicht die Palette der Ausgrenzung. Diese Ausgrenzung verletzt die Menschenwürde, führt zu Sippenhaft und vertieft die soziale Spaltung. Das Eintreten für Gerechtigkeit ist Behüten des Lebens und der Freiheit der Bürger.

Dr. Fritz Rösel
Förderkreis Senioren der GBM

* * *

Da ich alle Formen des legalen politischen Widerstandes gegen die soziale, politische und juristische Diskriminierung von DDR-Bürgern für notwendig erachte, habe ich von Anfang an die Gründung und

die Aktivitäten von ISOR begrüßt und unterstützt, obwohl ich noch einige Jahre bis zur Rente vor mir habe. Ich bin der Überzeugung, daß jeder potentiell vom Renten- und Sozialstrafrecht der BRD Betroffene aktive Solidarität üben muß und durch eine Mitgliedschaft - besser noch Mitarbeit - bei ISOR zur Durchsetzung des uns früher so selbstverständlichen Gedankens der Solidarität beitragen sollte. Unsere Organisationen arbeiten auf verschiedensten Feldern der Durchsetzung der legitimen Rechte von Bürgern der DDR, die nach den Gesetzen ihres Staates gehandelt haben, aber uns vereinen vielfältige gemeinsame Interessen. Laßt uns weiterhin zusammenstehen!

Klaus Eichner,

1. Sprecher des Insiderkomitees
zur Aufarbeitung der Geschichte
des MfS e.V.

* * *

Euer Tun und Handeln ist für mich ein Beispiel von Opposition und Widerstand.

Die ISOR hat sich seit ihrer Gründung für Hunderttausende von sozial ausgegrenzten ehemaligen DDR-Bürgern eingesetzt und nicht unbedeutende Ergebnisse bisher erreicht. Die Kraft für Erfolge im Kampf um ein Rentenkorrekturgesetz, um die gesellschaftliche Akzeptanz aller "Ehemaliger", um deren soziale Sicherheit im Alter, erwächst aus der zahlenmäßigen Stärke Eures Vereins.

Ich wünsche Euch deshalb:

1. Viele neue Mitglieder;
2. klare Zielstellungen für gewaltfreien Widerstand gegen Ungleichbehandlung;
3. ein konkurrenzfreies Zusammengehen mit den "Ehemaligen" im Bundeswehrverband.

Landtagsabgeordneter
des Brandenburger Landtages
Prof. Dr. sc Bernhard Gonnermann

* * *

Im Ringen um die Sicherung der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR gegen das Rentenstrafrecht wünschen wir dem Vorstand und allen Mitgliedern der ISOR Mut, Stand-

haftigkeit, solidarisches Miteinander und Ausdauer sowie baldige spürbare Erfolge auf dem juristischen Weg zum Bundesverfassungsgericht.

Rentenstrafrecht und politische Strafverfolgung gegen ehemalige

DDR-Bürger wegen ihrer verfassungsgemäßen Arbeit im Dienste des legitimen Staates DDR sind Ausdruck von Siegermentalität und Rachsucht von Kreisen, denen der Rechtsstaat nicht mehr als eine Worthülse bedeutet.

In solidarischer Verbundenheit

Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung e.V.
Der Vorstand

* * *

Was halte ich von ISOR?

Da ich zu den Mitbegründern von ISOR gehöre, beantwortet sich die obige Frage eigentlich von selbst.

Unsere Initiativgemeinschaft sorgt sich und ringt von ihrer Gründung an um die sozialpolitischen Rechte der Angehörigen der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR wie keine andere Kraft in diesem Lande. Deshalb finden wir nicht von ungefähr immer mehr Vertrauen und Zuspriech bei den Tausenden von Betroffenen. Parteien, Politiker, Vereinigungen, ja selbst jene, die für das derzeitige Rentenstrafrecht Verantwortung tragen, müssen sich mit unseren Forderungen befassen. Unsere gerechten Ansprüche sind zu wichtigen Wahlprüfsteinen im Jahre 1994 geworden.

Als ehemaliger NVA-Angehöriger werde ich mit aller Kraft für unser aller Recht eintreten. Das aber kann ich mit gutem Gewissen und in ehrlicher Gemeinschaft nur bei ISOR an der Seite vieler Freunde und Genossen verwirklichen.

Generalmajor a. D. der NVA
Prof. Dr. Werner Wunderlich

* * *

ISOR ist im Kampf gegen den Mißbrauch des Renten- und Versorgungsrechts als Surrogat strafrechtlicher Verfolgung und Ausgrenzung entstanden.

Unser Ziel besteht in der Wiederherstellung der Neutralität des deutschen Rentenrechts, der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit aller Bürger der ehemaligen DDR im Sozialrecht, und das natürlich auch für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR. Bis dieses Ziel erreicht ist, brauchen wir ISOR als Organisation gegenseitiger Hilfe und Solidarität. Und so wünsche ich ISOR ein weiteres Erstarken und einen gleichberechtigten Platz im Kreis der Verbände, die

sich im Ostdeutschen Kuratorium zusammengeschlossen haben.

Zollhauptinspekteur a.D.
Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff

* * *

Die Gründung von ISOR war eine wichtige Maßnahme für das konsequente und effektive Wirken aller ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der ehemaligen DDR gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit.

Im engen Schulterschuß mit weiteren Verbänden, Organisationen und Vereinigungen ist der engagierte Einsatz aller Mitglieder für die Beseitigung der Ungerechtigkeit im Rentenrecht und die Durchsetzung der lt. Grundgesetz jedem Bürger garantierten Rechte und Gleichstellung erforderlich.

Oberst a. D. der NVA
Prof. Dr. med. habil Roland Kalthoff

* * *

Das Anliegen von ISOR, die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu schützen, führte auch dazu, daß die am stärksten Ausgegrenzten sich in enger Freundschaft und Solidarität zusammenfanden.

Ich bin selbst eine Betroffene und sehr froh, daß es ISOR gibt. Nur vereint sind wir stark, und deshalb möchte ich alle, die bisher noch nicht den Weg zu uns gefunden haben, aufrufen, in ihrem eigenen Interesse Mitglied von ISOR zu werden.

Charlotte Staudte
TIG Dresden

* * *

Unter den schwierigen Bedingungen der Nachwendezeit in's Leben gerufen, hat sich die ISOR trotz übelster Angriffe und Verleumdungen zu einer stabilen und tatkräfti-

gen Interessenvertretung ehemaliger Angehöriger der NVA, der Grenztruppen, des MfS, der VP und der Zollverwaltung entwickelt.

Gemäß ihrer Satzung dem Kampf für soziale Gerechtigkeit verpflichtet, wurde schon vielen Mitgliedern durch Rat und Tat geholfen, sich gegen Willkür und Beamtenbürokratie erfolgreich zur Wehr zu setzen.

Alle bisherigen Erfolge, die dem einzelnen Mitglied bzw. einer bestimmten Gruppe zugute kamen, vermitteln zugleich für alle Mitglieder die Erkenntnis, daß sich die Ausgegrenzten durchaus nicht resignierend mit ihrem Schicksal abfinden müssen, sondern, daß es geboten ist und daß es sich lohnt, mit Beharrlichkeit und Konsequenz um sein Recht zu streiten.

In der ISOR, in der auch solidarisches Miteinander und Füreinander wieder mit neuem Leben erfüllt wurde, haben wir eine solide Basis für die sicher künftig noch komplizierter werdenden sozialen Auseinandersetzungen.

Tun wir alles Nötige, um weitere Mitglieder zu gewinnen und damit die Stimme und das Gewicht unserer Organisation noch mehr zu stärken.

Generalleutnant a. D. (GT)
Karl Leonhardt

* * *

Gegen alle Angriffe hat ISOR die Legitimität und Existenznotwendigkeit erfolgreich behauptet.

Vielen Mitgliedern und Sympathisanten vermittelt sie Kraft und gibt praktische Hilfe im Kampf gegen das Rentenstrafrecht.

Ich wünschte mir allerdings, daß noch viel mehr ehemalige Mitarbeiter bewaffneter Organe aktive Mitglieder werden und ISOR selbst

die Tätigkeit öffentlichkeitswirksamer und im Verbund mit anderen Organisationen entfaltet. Eine selbst auferlegte Zurückhaltung ist ungerechtfertigt und erfolgshemmend.

Werner Großmann

* * *

Die Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR haben die sanfte Revolution mitgetragen. Armee und Polizei haben kampflos die Waffen niedergelegt und den Sturm der Bürger gewähren lassen. Eine historische Tat einer wahrhaften Volksarmee und Volkspolizei eines souveränen deutschen Staates, der sich anschließend friedlich mit seinem früheren politischen Gegner vereinigen konnte. Die Soldaten, Polizisten und Offiziere erwarten den Vollzug der bürgerlichen Rechte, die im Grundgesetz enthalten und vom Kanzler verkündet wurden. Doch kaum war die Einheit vollzogen, zeigte der Sieger sein wahres Gesicht. Keine Fairneß im Umgang mit den Besiegten, dafür aber Ausgrenzung, Kriminalisierung, sozialer Absturz, Entwürdigung mit allen Mitteln der Gesetze, des Rentenstrafrechts, der Medien und der politischen Meinungsmanipulierung. Diese Wirklichkeit steigerte sich von Jahr zu Jahr.

Zur Durchführung unserer verfassungsgemäßen sozialen Rechte vertritt unsere Interessengemeinschaft auch die legalen Forderungen nach Gerechtigkeit für Ärzte und Mitarbeiter der Med. Dienste, die selbstlos und jederzeit mit hohem Engagement der Gesundheit ihrer Patienten getreu dem humanistischen Anliegen eines jeden Sanitätsdienstes dienen. Meine früheren Kameraden, die Sanitätsoffiziere der Wehrmacht, sind hochangesehene Persönlichkeiten und stolz auf ihre Vergangenheit. Uns wird diese Ehre versagt. ISOR hat es sich zum Ziel gesetzt, unsere Rechte in diesem Rechtsstaat einzuklagen und allen Betroffenen beizustehen.

Generalmajor a.D. (Mdl)

OMR Prof. Dr. med. Karlheinz Kelch

* * *

Wie viele Bürger in den neuen Bundesländern und alle Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR habe ich um die mir gesetzlich erworbenen und zustehenden Rechte zu kämpfen. Die größten Aussichten auf einen erfolgreichen Kampf sind

dann möglich, wenn wir einheitlich und geschlossen in einer Organisation auftreten.

Ich habe mich ISOR angeschlossen. ISOR setzt sich konsequent für die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR ein, kennt am besten ihre spezifischen Probleme und garantiert eine qualifizierte Rechtsberatung durch anerkannte Juristen. Je stärker ISOR ist, je mehr ehemalige Angehörige der NVA Mitglied von ISOR werden, um so wirksamer können die Interessen der NVA-Angehörigen, also auch meine Interessen, vertreten werden.

Ich fühle mich durch ISOR gut vertreten.

Admiral a. D. der NVA
Theodor Hoffmann

* * *

Durch die kontinuierliche und zielstrebige Arbeit von ISOR wurden schon Tellerfolge im Kampf gegen das "Rentenstrafrecht" und die Diskriminierung ehemaliger Angehöriger erreicht.

Die Mitgliederzahl von über 17.000 und der ständige weitere Zugang von Mitgliedern ist der Beweis dafür, daß unsere Organisation auf dem richtigen Weg ist.

Aber zu viele unserer ehemaligen Angehörigen stehen noch abseits und harren der Dinge, die auf sie zukommen. Es ist höchste Zeit, daß diese die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der Solidargemeinschaft erkennen und sich aktiv einreihen. Wer nicht um seine Rechte kämpft, der hat schon verloren oder nach der Weisheit, "allein trägt man keinen Balken mittleren Gewichts, gemeinsam kann man Berge versetzen".

Generaloberst a. D. (Mdl)
Karl-Heinz Wagner

* * *

Die ISOR unterstütze ich, weil sie sich konsequent gegen die fortlaufende Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR einsetzt.

Zur Zeit liegt der Schwerpunkt bei den Renten, was ich für sehr richtig halte. Wer kann schon bei heutigen Preisen mit 800 DM leben. In Zukunft wird sich die ISOR jedoch auch den jüngeren Jahrgängen widmen. Damit meine ich eine wirk-

same Unterstützung gegen die vielen und zum Teil sehr harten Ungerechtigkeiten gegenüber den Mitarbeitern der bewaffneten Organe der DDR. Das muß sich ändern, das muß wirklich demokratisch werden. Deshalb meine ich, je mehr sich vor allem auch Jüngere in der ISOR vereinigen, desto mehr können wir erreichen.

Frank Seiler, Chemnitz, 26 Jahre

* * *

An der Seite vieler Freunde und Genossen habe ich an der Gründung und Entwicklung unserer Organisation in Potsdam mitgewirkt. Inzwischen hat sich ISOR im Kampf für Rentengerechtigkeit zu einer starken und festen Gemeinschaft der Freundschaft und Solidarität entwickelt.

Den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, vor allem den ehemaligen Angehörigen des MfS, die den Weg noch nicht zu uns gefunden haben, rufe ich zu: Werdet Mitglieder unserer Organisation. Kämpft an unserer Seite mit rechtsstaatlichen und politischen Mitteln gegen den Mißbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht. Wir brauchen die Solidarität aller.

Prof. Dr. sc. Willi Opitz, Potsdam

* * *

Niemand von uns, nicht einmal zehn Frauen und Männern die wir uns am 22. März 1991 in einem Bürgerklub in Berlin-Lichtenberg versammelt hatten, ahnte damals im entferntesten, was hieraus entstehen würde. Wir waren im Auftrag von Teilnehmern der am 18. März 1991 von der PDS-Abgeordneten der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung Astrid Karger einberufenen Protestversammlung beauftragt worden, Schritte zu unternehmen gegen den Hinauswurf von Rentnern und Versorgungsempfängern der sogenannten Sondernversorgungssysteme aus der Krankenpflichtversicherung.

Als wir noch mitten drin waren, uns in der Krankenversicherungsfrage Klarheit zu schaffen, um gegen diese Ungerechtigkeit anzugehen, kam der Entwurf des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) auf uns zu und forderte energische Proteste und Widerstand.

Das war unsere erste Bewährungsprobe. Es sei daran erinnert, daß auch durch die Proteste und den Widerstand unserer damals überall entstehenden Initiativgruppen das RÜG anders beschlossen wurde, als es der Entwurf vorsah.

Auf diese Weise vom nun vereinigten deutschen Staat empfangen, wuchs der Widerstand und die Solidarität; daraus entstand unser Verein.

Heute sind wir im Kampf um Rentengerechtigkeit gegen das Rentenstrafrecht ein nicht mehr wegzudenkender Faktor in der politischen Landschaft. Unser Wort zählt und wirkt. Es wird um so wirksamer und erfolgreicher, wenn sich uns noch mehr Betroffene aus den Sonderversorgungssystemen anschließen.

Nur mit der Kraft, dem Widerstand und der Solidarität vieler werden wir noch erfolgreicher sein können.

Generalinspekteur a. D.
Prof. Dr. Willi Hellmann

* * *

Warum bin ich Mitglied der ISOR geworden?

Eigentlich ist die Frage sehr einfach und schnell zu beantworten, wenn ich Ziele, Zweck, Aufgaben und Grundsätze der Satzung vor Augen habe. Aber mit einer so oberflächlichen Antwort ist wohl kein denkender Mensch heute zufrieden.

Wenn hunderttausende Bürger eines Staates von den einfachsten Menschenrechten - eine zufriedenstellende Versorgung im Alter - ausgeklammert werden, muß auch ich mit demokratischen Mitteln versuchen, hier eine Änderung herbeizuführen.

Und ISOR ist für mich die Organisation, die mir eine sachliche und optimale Vertretung meiner Forderungen garantiert. Im Alleingang gegen dieses Unrecht vorzugehen, erachte ich als einen nicht gangbaren Weg.

Heute beginnen doch auch viele ehemalige Angehörige der NVA, ihre Sprachlosigkeit nach Jahren des Schweigens abzulegen und ihre Forderungen öffentlich zu machen. Deshalb sollte sich jeder dieses Personenkreises überlegen, ob er nicht auch Mitstreiter bei ISOR wird. In dieser Vereinigung liegt unsere

Stärke und damit unser abzu-
sehender Erfolg.

Generalmajor a. d. der NVA
Helmut Geisler, Prora/Rügen

* * *

Bei Gesprächen mit einigen Herren über die Mitgliedschaft bei ISOR höre ich manchmal: "Meine Interessen werden durch den Bundeswehrverband ausreichend vertreten und mit Politik will ich nichts mehr zu tun haben."

Dieser Argumentation kann ich nicht folgen.

ISOR ermutigt und hilft praktisch allen, die ihre sozialen Rechte einfordern. Die Veranstaltungen besuche ich gerne und mit großem Interesse, weil hier kompetent über die Entwicklung auf dem Gebiet des Rentenrechtes informiert wird und man einfach Kameradschaft spürt.

Die solidarische Begleitung der Klagen vor den Sozialgerichten stärkt alle Betroffenen. ISOR bewegt sich im Rahmen des Grundgesetzes und des geltenden Rechts. Wir brauchen aber noch mehr Öffentlichkeit. Es geht da nicht nur um die Abwehr des weiteren sozialen Abstiegs einer großen Gruppe von Menschen, sondern um die Verhinderung des ständigen Abbaues des "Sozialen" im Staat BRD.

Daß ISOR dazu für alle offen ist und mit allen Verbänden und Vereinigungen, die gleiche Ziele verfolgen, ohne Vorbehalte und Bedingungen zusammen arbeitet, ist ein guter Weg. Darum meine ich, alle Betroffenen sollten Mitglied bei ISOR sein.

Generalleutnant a. D. der NVA
Gerhard Kunze

* * *

Die Gründung der ISOR war eine folgerichtige Konsequenz der Bundesdeutschen Sozialgesetzgebung zur politischen Strafverfolgung im Sozialrecht gegen sogenannte Systemträger der ehemaligen DDR. Parallelen dazu gab es nur in der Rentengesetzgebung des faschistischen Deutschen Staates gegenüber Juden und Polen.

Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit, auf die sich die in Bonn Regierenden immer wieder lautstark berufen, wurden ein weiteres mal mit Füßen getreten.

Mit der Auflösung des ehemaligen MfS standen noch Einzahlungen der Mitarbeiter von über 3,2 Milliarden Mark an den Staatshaushalt der ehemaligen DDR zu Buche. Ähnlich war es sicher auch bei den anderen bewaffneten Organen und der Zollverwaltung, die an gleicher Stelle im Finanzministerium die Gelder für ihre Altersversorgung einzahlten. Wo ist dieses Geld geblieben? Zur Rechtsnachfolge entsprechend dem Einigungsvertrag gehört auch das.

Wir verlangen keine überhöhten Renten, wie es Herr Blüm demagogisch über sogenannte Umfragen den Bürgern suggerieren will, sondern die Anwendung der gültigen Normen des Rentenrechts.

Dafür kämpft ISOR und dafür ist sie sich der Unterstützung vieler Menschen der ehemaligen DDR gewiß.

Es gilt der Grundsatz, nur wer nicht kämpft, hat schon verloren - und nach diesem Grundsatz handeln wir.

Günter Möller

* * *

Was halte ich von ISOR?

Sehr viel!

Mit der ISOR haben alle Mitglieder sich eine Interessengemeinschaft geschaffen, die konsequent auf der Grundlage der Verfassung der BRD gegen den Mißbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht kämpft. Durch die ISOR werde ich von sachkundigen Rechtswissenschaftlern sowie Anwälten auf dem Weg zu meinem Recht begleitet. Als einzelner bin ich von der Kompliziertheit sowie der finanziellen Seite her nicht in der Lage, mein Recht einzuklagen.

Karlaugust Arndt, Rostock

* * *

Die ISOR tritt für den Schutz der sozialen Rechte aller ehemaligen Angehörigen der DDR ein. Die Wirksamkeit der Arbeit kann nur durch die aktive Mitarbeit aller Betroffenen erreicht werden. In den letzten Jahren konnten doch viele Erfahrungen gesammelt werden. Der Cottbuser Vorstand der ISOR unter Leitung von Horst Parton und die vielen sehr aktiven Mitglieder des Vorstandes haben eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Ich bedanke mich bei allen, die viele Mitglieder gewonnen haben und einer Vielzahl von Mitgliedern geholfen haben, Widersprüche gegen Entgeltbe-

scheide und gegen Rentenbescheide einzulegen.

Zur Information der Mitglieder werden regelmäßig Veranstaltungen in den Wohnbezirken durchgeführt, die sehr zahlreich besucht werden. Ich rufe alle ehemaligen Volkspolizeiangehörigen und auch noch Angehörige der Polizei auf: Organisiert Euch in ISORI Nur eine Massenbewegung vermag Unrecht

zu überwinden. Ich habe bereits 3 Briefe an den Bundeskanzler geschrieben und auch Antworten erhalten. Sie sind zwar nicht zufriedenstellend, aber dennoch lehrreich. Der Begriff "staatsnah" wird kaum noch angewandt, dafür "persönliche Biographie" und "Typisierung von Personen", oder "wer dem kommunistischen System in besonderer Weise gedient hat". Die massive Kritik von Betroffenen, von Initia-

tiven und Verbänden wird eine Änderung erreichen.

Horst Selent, Cottbus

Die Veröffentlichung von Beiträgen zu den Fragen "Was wünsche ich ISOR?" und "Was halte ich von ISOR?" wird in ISOR aktuell 5/94 fortgesetzt.

(Einige Beiträge sind redaktionell gekürzt)

Versicherungs-Nr. <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> Wittenberg-Krankenversicherung AG. Postfach 15331 Strausberg </div>	<div style="text-align: right;">Original für Berechtigten</div> <div style="text-align: center; margin-top: 20px;"> - Entgeltbescheinigung nach § 8 Abs. 2 AAÜG - </div> <div style="display: flex; justify-content: space-between; align-items: flex-start;"> <div style="width: 30%;"> Versicherungsnummer <div style="border-bottom: 1px solid black; display: flex; justify-content: space-between; width: 100%;"> 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 </div> </div> <div style="width: 20%; text-align: center;"> SZR <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> 4, 0, 0, 0 </div> </div> <div style="width: 40%;"> Name, Vorname <div style="border-bottom: 1px solid black; height: 20px;"></div> </div> </div>
---	--

Beispiel einer Rentenberechnung eines ehem. NVA-Offiziers für 10-jährige Dienstzeit von 1954 bis 1963, letzter Dienstgrad: Hauptmann

Legende:

120

Einstufung als lei-
tende Tätigkeit bei
Überschreitung von
1,4 Entgeltpunkten

Versorgungssystem der NVA

Berechnungsgrundlage, gekappt nach AAÜG

Für einen NVA-Offizier, letzter Dienstgrad Hauptmann, der von 1954 bis 1963 gedient hat, vermindert sich seine monatliche Rente um rund 250 DM, Das sind 42 % des Rentenanspruches aus seiner Dienstzeit. Die jährliche Geldstrafe für 10-jährige Dienstzeit beträgt im vorliegenden Beispiel 3000 DM und bei Dynamisierung der Rente erhöht sich auch der absolute Kappungsbetrag.

Politiker zum RÜG/AAÜG

**Gesprächsreihe in Schwerin:
ISOR fragt -**

Politiker antworten

"Wir fragen - Politiker antworten", so lautet das Motto einer Gesprächsreihe, zu der die TIG Schwerin Politiker des Landtages eingeladen hatte. Bisher sind der Einladung die Fraktionsvorsitzenden Herr Johannes Scheringer, Fraktion der PDS/LL, Herr Dr. Ringstorff, Fraktion der SPD und Herr Walter Goldbeck, Fraktion der FDP gefolgt. Für April/Mai 1994 ist der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU eingeladen.

Die Fraktion der PDS/LL setzt sich konsequent für eine Korrektur des

RÜG ein, erklärte Johannes Scheringer.

Herr Dr. Ringstorff brachte im Dialog am 10.01.1994 u.a. wörtlich zum Ausdruck:

"Für die Politik und die Politiker wäre es beschämend, wenn es wiederum erst durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu einer Veränderung der Gesetzeslage im RUG/AAUG käme."

Herr Goldbeck sprach sich dafür aus, daß auch für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR soziale Gerechtigkeit erreicht werden muß. Gleichberechtigung im Rentenrecht wäre für alle die billigste soziale Investition.

Dr. Peter-Michael Diestel, MdL:

Es lohnt sich zu streiten

Heute ist es leicht, so zu tun, als wäre es ganz selbstverständlich gewesen, daß die hunderttausenden Bewaffneten freiwillig und ohne Gegenwehr auf ihre Macht verzichteten.

Heute ist es einfach, jede Gelegenheit zu nutzen, um ehemalige Offiziere und andere Angehörige der Sicherheitsorgane der DDR zu denunzieren und öffentlich verächtlich zu machen.

Es bleibt eine Tatsache, daß es noch nie besonders heldenhaft war, den Gegner zu demütigen, nachdem

Schlacht und Krieg längst zu Ende waren, und der geschichtlichen Wahrheit wird man darüber hinaus auch nicht gerecht.

Erinnern wir uns. Der Zusammenbruch der DDR war nicht nur Resultat des wirtschaftlichen Niedergangs, sondern auch Konsequenz einer über lange Jahre zustande gebrachten Entspannung, die die politischen Wirklichkeiten in Mitteleuropa veränderte. Heute gibt es viele, die im Westen an ihre eigenen Verdienste gern erinnern. Den Umstand allerdings, daß diese Politik auch im Osten unter viel komplizierteren Bedingungen durchgesetzt werden mußte und durchgesetzt wurde, vergißt man inzwischen gern. Natürlich können die Motive, die einzelne Personen dabei gehabt haben, ganz unterschiedlich beurteilt werden - verantwortliches Handeln blieb es aber in jedem Fall.

Wer immer eine Geschichte der DDR schreiben wird, kommt an der Tatsache nicht vorbei, daß es auch in der Partei, der Armee und der Polizei etc. verantwortlich Handelnde und oft sogar mutige Frauen und Männer gegeben hat. Allein schon darum ist die pauschale Bewertung dieser Personen nach den Kriterien System- und Staatsnähe abzulehnen.

Ich bin ganz sicher, daß die Wiedervereinigung zweier ehemals feindlicher Staaten ihren einmalig friedlichen Charakter nur dadurch hat wahren können, daß sich alle darauf verlassen haben, in eine Rechtsordnung einzutreten, die nur Taten abstrafte, aber keine Gesinnungen. Es hat unabsehbare Auswirkungen für den Rechtsstaat, wenn sich bei ganzen Bevölkerungsteilen der Eindruck verfestigt und bestätigt, daß diese Hoffnung getrogen hat. Darum ist es so bitter notwendig, nicht länger darauf zu vertrauen, daß durch andere die eigenen Interessen berücksichtigt werden, sondern ihre Durchsetzung in die eigenen Hände zu nehmen.

Mit reinem Gewissen hat jedermann nicht nur das Recht, sondern von nun an auch die Pflicht, aufrecht und selbstbewußt zu gehen. Nur dann werden wir uns unseren Platz in der Einheit erstreiten und der Verfälschung unserer Geschichte wirksam begegnen.

Wahlprüfsteine

Wen soll man wählen?

Dumme Frage! (Obwohl es eigentlich keine dummen Fragen, sondern nur dumme Antworten gibt.)

Wir wählen Personen und Parteien oder Wahlbündnisse,

- die sich für Rentengerechtigkeit engagieren,
- die dem RÜG/AAÜG, so wie es jetzt ist, den Garau sagen,
- die für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit eintreten,
- die um mehr Menschlichkeit in dieser Gesellschaft kämpfen.

Das sind die wichtigsten unserer Wahlprüfsteine.

Im übrigen haben die Organisationen und Verbände der Rentnerinitiative am 2. Dezember 1993 Wahlprüfsteine beschlossen, die ISOR vorbehaltlos unterstützt.

Aus der Großen Anfrage des Abgeordneten Dr. Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen

(Drucksache Nr. 12/6918)

RENTENKÜRZUNGEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

... Der im Einigungsvertrag vorgesehene Abbau ungerechtfertigter Privilegien und eine Kürzung bei schwerwiegenden Rechtsverstößen hat nicht stattgefunden. Stattdessen werden durch das AAÜG undifferenziert und ohne Individualprüfung pauschale Rentenkürzungen bei Tätigkeit in staatsnahen Systemen und Funktionen vorgenommen. . .

... Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist es unverständlich, daß erworbene und durch die Rentenüberleitung vom gesamtdeutschen Gesetzgeber grundsätzlich anerkannte Ansprüche auf Altersversorgung in dieser Weise zur Disposition stehen können.

Auch wird von sachverständiger Seite bezweifelt, daß die durch das AAÜG vorgenommenen Rentenkürzungen mit dem Grundgesetz uneingeschränkt vereinbar sind. . .

* * *

PDS/LINKE LISTE:

Was tun ?

Eine parlamentarische Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes ist die einzig humane Variante, den älteren Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern zu ihrem Recht zu verhelfen. Deshalb hat die PDS/LL den Entwurf eines Rentenüberleitungskorrekturgesetzes im Deutschen Bundestag eingebracht. Doch das Parlament bewegt sich nur, wenn äußerer Druck es erzwingt.

* * *

Was sagen die Machthaber in Bonn zu unseren Forderungen ?

Natürlich bleibt es nicht aus, daß viele ISOR-Mitglieder an diejenigen schreiben, die in Bonn das Sagen haben - an das Bundeskanzleramt, an Herrn Blüm, an Herrn Schäuble u. a.

Wie sehen die Antworten aus, wenn wir den Schmus beiseite lassen? Herr Anrick aus dem Bundeskanzleramt: " Die reale Schlechterstellung beruht ... nicht auf der Einschätzung als Systemträger des SED-Regimes", Herr Roppel im Auftrage von Herrn Schäuble: "...Allerdings gibt es Ausnahmen, bei denen es dem Gesetzgeber nicht gerechtfertigt erschien, die in den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen erworbenen Anwartschaften ungeschmälert in die Rentenversicherung zu überführen ...damit (ist) kein persönlicher Schuldvorwurf verbunden. Maßgebend war eine typisierende Betrachtung der beruflichen Tätigkeit auf der Grundlage der ihr regelmäßig beizumessenden Bedeutung für die Aufrechterhaltung des politischen Systems der ehemaligen DDR".

Komme mit diesen Widersprüchen zurecht, wer will. Herr Roppel teilte ISOR mit, er sehe keinen legislativen Handlungsbedarf. Wir sehen uns dazu die Wahlprüfsteine an.

Angemerkt sei hier, daß sich die Deutschen immer im Nachhinein für Typisierungen zu schämen hatten: So, als die Sozialisten von Kaiser Wilhelm II vaterlandslose Gesellen genannt wurden oder in Deutsch-

lands jüngerer Vergangenheit, als Juden als Deutschlands Unglück oder die Russen als bolschewistische Untermenschen bezeichnet wurden. Nur einmal gab es keine Typisierung - bei den Entnazi-

fizierungen nach 1945. Man brauchte ja schließlich Nazis als hohe und höchste Beamte und Repräsentanten im Staats- und Justizapparat.

H. Sp.

Wo stehen wir und wie geht es weiter?

von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Im Jahre 1994 werden alle vom Rentenstrafrecht des AAÜG erfaßt, die Ansprüche und Anwartschaften aus einem sogenannten Sonderversorgungssystem mitbringen.

Unmittelbar fühlbar wird es für die ehemaligen Angehörigen der NVA, des MdI und der Zollverwaltung, deren Rente nach dem 01.01.1994 beginnt. Der bisherige Bestandschutz greift nicht mehr.

Bemerken werden es auch die bisherigen Rentenbezieher, deren Rente jetzt neu berechnet wird. Die bisherige Rente wird zwar weitergezahlt, wenn sie höher ausfällt als die Neuberechnete. Was viele aber schon beim Erhalt der Mitteilung der BfA über die Umwertung und Anpassung der Rente zum 01.07.1992 empört hat, wird jetzt voller Ernst. Auch die zwischenzeitliche Änderung durch das Ergänzungsgesetz zum Renten-Überleitungsgesetz (RÜ-ErgG) ändert daran wenig, vor allem für die Offiziere.

Für viele Rentner, die dem MfS angehörten, wird die Lage immer unerträglicher. Die schrittweise in Gang gekommene Neuberechnung bringt zwar Renten, die häufig über 1.000 DM liegen, aber gerade unsere sehr alten Rentner werden weiter auf die Wartebank geschoben. Es fehlen vielfach die Unterlagen für die Überführung ihres Rentenanspruchs. Bevor die Gauck-

Behörde Auskunft aus den Kaderunterlagen gibt, verstreicht gewöhnlich ein Jahr.

Was die alten und neuen Rentner jetzt erleben, lauert auf die Empfänger von Vorruhestandsgeld, befristeter erweiterter Versorgung und auch auf die noch in Arbeit Stehenden im Hintergrund. Es wird auf sie zukommen, wenn sie wegen Vollendung des 65. Lebensjahres (des 60. bei Frauen), wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit Rente beantragen. Auch den Jüngeren bleibt nicht erspart, was die Alten und Älteren jetzt erleben. Solange das Rentenstrafrecht bestehen bleibt, gilt es auch für sie. Es ist ein Irrtum zu glauben, ein jetzt erzielt gutes Einkommen könne die spätere Rente vor den Auswirkungen der Kürzungsbestimmungen wesentlich schützen. Wer nach 15 Dienstjahren gerade noch mit dem Dienstgrad Major aus der NVA ausgeschieden ist, braucht z. B. etwa 20 Jahre Höchsteinkommen bis zur Bemessungsgrenze, um eine Rente wie ein Oberfeldwebel beziehen zu können. Dieser Rente fehlen dann rund 40 % bis zur Höchstrente, solange die Strafbestimmungen noch gelten.

Jeder wird zum ersten Male mit dem Rentenstrafrecht persönlich konfrontiert, wenn ihm der Entgeltbescheid (Bescheid zur Überfüh-

rung des Rentenanspruchs aus der Sonderversorgung in die Rentenversicherung) zugeht.

Bonn: Kein Handlungsbedarf!

Aus Bonn hört man, daß Regierung und Gesetzgeber kaum Bereitschaft zeigen, in absehbarer Zeit etwas zu ändern. Herr Blüm hat "Infas" fragen lassen, ob die Systemnagen, die früher besser gestellt gewesen seien als ein normaler Bürger, nunmehr auch mehr Rente erhalten sollten als ein Durchschnittsrentner. Die so in die Irre geführten Befragten haben erwartungsgemäß mehrheitlich mit "Nein" geantwortet. Dagegen hat die PDS ihren Entwurf zum Rentenüberleitungs-Korrekturgesetz gestellt. Bündnis 90/Grüne haben im Bundestag die Regierung nach Auskunft über die wirkliche Lage angefragt. In den neuen Bundesländern haben die Parlamente die Landesregierungen beauftragt, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Es ist noch ein weiter Weg, bevor sie sich auf einen Gesetzentwurf, den sie gemeinsam im Bundesrat einbringen können, geeinigt haben.

Widerstand zeigt Wirkung

Nun ist auch das oberste Sozialgericht, das Bundessozialgericht, zur Auffassung gelangt, die Rentenkürzung auf 802 DM sei verfassungsg-

Ihr Ansprechpartner:

Raum für Mitteilungen der örtlichen territorialen Initiativegruppe (TIG)

Die Geschäftsstelle hat eine Broschüre, mit allen bisher von Prof. Dr. Azzola zum Rentenüberleitungsgesetz abgegebenen Stellungnahmen als Sonderausgabe von "ISOR aktuell" zum Vorzugspreis von 8,00 DM für ISOR-Mitglieder herausgegeben.

Bestellungen sind bei der Geschäftsstelle oder über die TIG möglich. Entsprechende Bestellzettel liegen bei den TIG-Vorständen vor.

widrig. Es wird sich deshalb an das Bundesverfassungsgericht wenden. Das ist ein wichtiger und hoffnungsvoller Schritt auf dem weiten Weg durch die Gerichtsbarkeit. Aber auch dieses Gericht muß sich mit der Hauptsache erst noch auseinandersetzen, mit der dauernden Rentenkürzung infolge der Einkommenskürzung nach § 6 Abs. 2 und 3 und § 7 AAÜG. Die ersten Revisionsverfahren liegen dazu vor. Ob darüber noch in diesem Jahr entschieden wird, ist eher unwahrscheinlich.

Vergessen und verkennen wir nicht, das alles ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist Reaktion auf den Widerstand, den die Betroffenen bisher geleistet haben. Sie verdeutlicht, daß über die Veränderungen durch das RÜ-ErgG hinausgehend die Abschaffung des Rentenstrafrechts real möglich ist. Aber auch weiterhin wird nichts erreicht, wenn die Betroffenen sich nicht wehren. Die Politiker wurden nur munter, weil sie an der großen und ständig wachsenden Zahl unserer Mitglieder, an dem fortschreitenden Zusammengehen mit anderen Verbänden - bisher vor allem mit dem Förderkreis Senioren der GBM, dem Deutschen Bundeswehrverband und dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen - und besonders an der Flut von Widersprüchen und Klagen sowie an der konsequenten zentralen Prozeßführung nicht mehr vorbeigehen können. Auch die Gerichte können dies nicht übersehen.

Die Solidarität beginnt ihre politische Wirkung zu zeigen. Sie hat unseren unermüdlich vor Ort wirkenden Mitgliedern die Türen zum sachlichen Gespräch mit den Politikern geöffnet. Stärken wir sie, indem wir unbeirrt unseren Weg fortsetzen.

Solidarität braucht jeden

Die Solidarität braucht jeden und nützt jedem. Die große Zahl von Verfahren bei den Sozial- und Landessozialgerichten wie in den überlegt ausgewählten Fällen beim Bundessozialgericht und Bundesverfassungsgericht nützt allen. Sie erfordert aber auch Kraft und finanzielle Mittel. Dies erfordert auch die Solidarität derjenigen, denen selbst noch der Weg zu den Gerichten versperrt ist. Das tausendfache Wirken zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung an jedem Ort und die oft mühsam zusammengetragenen Mitgliedsbeiträge sind ein unschätzbarer Quell unserer solidarischen Kraft.

Die Mitglieder von ISOR haben die Kraft der Solidarität längst erfahren. Es ist eine Tatsache, für die Angehörigen der sogenannten Sondersversorgungssysteme verfügt nur ISOR über die Kraft, jeden, der es wünscht, und nicht nur Ausgewählte, so zu unterstützen, daß er den Weg zu den Gerichten gehen und durchstehen kann. Dafür bürgt, getragen von der Kraft der Solidarität, das Wirken Prof. Dr. Azzolas, der Anwälte Bleiberg, Schippert und Wachtel. Dafür bürgen wir, die im Rechtsanwaltsbüro die tägliche Last der Prozeßführung tragen.

Das Jahr 1994 wird ein weiteres Jahr zählen Ringens um Rentengerechtigkeit sein. Es wird uns künftigen Erfolgen weitere Schritte näher bringen.

(Zwischenüberschriften: Redaktion)

HERAUSGEBER:

Vorstand der Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:
Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
Siegfriedstr. 64
10365 Berlin
Telefon: (030) 5 59 32 92
Fax: (030) 5 59 34 27
Postanschrift: ISOR e.V.
Postfach 0423
10324 Berlin

Öffentliche Sprechstunden:
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr
Sprechstunde der Vorsitzenden:
jeden 4. Donnerstag im Monat
16 bis 19 Uhr

Neu: zum Rentenbescheid
Dienstag 10 bis 12 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

"ISOR aktuell" dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Selbstkosten für die Herstellung dieser Ausgabe: 1,00 DM pro Ex.

Beitrittserklärung zur ISOR e. V.

Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR
- PF 0423 10324 Berlin -

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur ISOR e.V. als Mitglied ☐ /förderndes Mitglied ☐ . Mit dieser Erklärung erkenne ich die Satzung der ISOR e.V. an. Ich bin mit der satzungsgemäßen Speicherung und Verarbeitung der Daten dieser Erklärung einverstanden.

Name

Straße

Vorname

PLZ/Wohnort

geb. am

Telefon

Datum

Unterschrift